Andreas Wirsching

Koalition, Opposition, Interessenpolitik

Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus

I.

Dem im folgenden zu behandelnden Themenkomplex hat sich die Forschung bereits früh und besonders intensiv angenommen¹. Zugleich aber hat er nach wie vor keine gute Presse. Zu schwer lastet das Verdikt des „Scheiterns“ auf dem Weimarer Parlamentarismus und des „Versagens“ der ihn tragenden Parteien, als daß es sich um ein „positiv“ besetztes Feld handeln könnte. Beides zusammen macht es schwierig, heute, nach einem halben Jahrhundert der Forschung, etwas Konstruktiv-Innovatives beizutragen. Im folgenden soll es denn auch nicht um die im wesentlichen bekannten Grundprobleme des Weimarer Parlamentarismus und seines Parteiensystems gehen. Dies gilt etwa für das Problem parlamentarischer Mehrheiten, das wetterwendische Verhalten des Wählers, der „seine“ Partei stets abstrafte, wenn sie Regierungsverantwortung übernommen hatte. Auch die Erosion der politischen Mitte, v.a. der liberalen Parteien, und die zentrale Rolle, die die Inflationserfahrung dabei gespielt hat, sollen nicht im Mittelpunkt stehen². Ferner wird auch nicht die faktisch antiparlamentarische Einstellung eines Großteils der politischen Eliten eigens zum Thema gemacht werden, die seit 1929 schließlich zur intentionalen Wendung gegen den Reichstag und zur autoritär-präsidentiellen Umformung des Systems führte. Ebenso wenig dürfte es weiterführen, die umstrittene, aber empirisch nicht lösbare Frage zu vertiefen, inwieweit Konstruktionsfehler der Weimarer Reichsverfassung, ihr „semi-parlamentarischer“ Kompromißcharakter, die präsidiale „Reserveverfassung“ oder der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, für das Scheitern des Weimarer Parlamentarismus mitverantwortlich sind³. Auch können die vielfältigen Interaktionen, mit

¹ Als Forschungsüberblicke siehe *Eberhard Kolb*, *Die Weimarer Republik* (München 41998) 174–178; *Andreas Wirsching*, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft* (München 2000) 59–69.

² Hierzu grundlegend: *Larry E. Jones*, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System* (Chapel Hill, N.C. 1988).

³ Siehe v.a. *Karl Dietrich Bracher*, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie* (Villingen 51971); *Horst Möller*, *Parlamentaris-*

denen die schwierigen außenpolitischen Konflikte Reichstag und Regierung belasteten, nicht näher ausgeführt werden. Und schließlich geht es im folgenden auch nicht um den politischen Extremismus, die Obstruktion des Parlaments durch NSDAP und KPD und um deren „negative“ absolute Mehrheit seit 1932⁴.

Ausgangspunkt des Folgenden ist vielmehr die „Parteienprüderie“ (Gustav Radbruch) der Weimarer Zeit, das heißt der häufig diagnostizierte zeitgenössische Unwille, Parteien als legitimes Phänomen politischer Willensbildung zu akzeptieren, aber auch die vielbeklagte Flucht der Parteien aus der Verantwortung und ihre vorgebliche Unfähigkeit zum politischen Kompromiß. Zwar wäre es unfruchtbar, dieses Lamento einfach zu reproduzieren, zumal es auch keineswegs von Stereotypen frei ist; aber es deutet doch auf einen wichtigen und aktuellen Zusammenhang hin: den Zusammenhang nämlich zwischen parlamentarisch-parteienstaatlicher Form und gesellschaftlicher Verfaßtheit. Nicht immer und nicht von allen wurde dieses Verhältnis so klar gesehen wie von Rudolf Hilferding in seiner berühmten Rede auf dem Kieler Parteitag der SPD im Jahre 1927: Der Staat war aus seiner Sicht die Resultante der gesellschaftlichen Einzelinteressen; umgekehrt bestand ein „intimer Zusammenhang zwischen Politik und sozialer Wirkung der Politik“. Die Botschaft an die SPD war darum klar: Es galt, die Arbeiterklasse als politische *Partei* zu aktivieren und an der Regierung auch auf Reichsebene mitzuwirken, Arbeiterinteressen möglichst zahlreich in konkrete Politik zu übersetzen und die politischen Gegner, damals v.a. die DNVP, aus der Regierung zu verdrängen⁵.

Eine andere, vor allem im Bildungsbürgertum und zum Beispiel auch unter den „verfassungstreuen“ Hochschullehrern weit verbreitete Auffassung ging dagegen davon aus, das „Volk“ als Träger demokratischer Souveränität sei eine organische Einheit⁶. In dieser höheren Einheit sollte die irreversible soziale Differenzierung als das Spezifikum der Moderne aufgehoben werden. Vertreter solcher Vorstellungen orientierten sich gerne an einem anderen Sozialdemokraten, an Ferdinand Tönnies, und sahen in der organischen *Gemeinschaft* die Grundlage der Demokratie, nicht aber in der „mechanischen“ *Gesellschaft*⁷. Im Kern implizierte das eine antipluralistische Haltung, die der kardinalen Frage auswich, wie denn der empirisch-differenzierte Volkswille in einen demokratisch legitimierten, *politi-*

mus in Preußen 1919–1932 (Düsseldorf 1985); *ders.*, Weimar. Die unvollendete Demokratie (München 1997).

⁴ Als Überblick hierzu mit weiteren Literaturangaben Wirsching, Weimarer Republik 95–108.

⁵ Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik (1927), in: Cora Stephan, Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940 (Berlin, Bonn 1982) 214–236, das Zitat 223.

⁶ Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik (Meisenheim a.G. 1975) v.a. 193 f.

⁷ Vgl. Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie (1935/ND 1988) 4: „Gemeinschaft ist das dauernde und echte Zusammenleben, Gesellschaft nur ein vorübergehendes und scheinbares. Und dem ist es gemäß, daß Gemeinschaft selber als ein lebendiger Organismus, Gesellschaft als ein mechanisches Aggregat und Artefakt verstanden werden soll.“

sehen Willen zu überführen sei. Kein Wunder also, daß auch der Parlamentarismus bei vielen Bildungsbürgern wenig Anklang fand. Typisch hierfür war z. B. der Historiker Hermann Oncken. Zwar scheute er sich nicht, für den Weimarer Staat gegebenenfalls auch öffentlich einzutreten⁸. Zugleich aber lehnte er den parteienstaatlichen Parlamentarismus ab, hielt ihn, wie er an Friedrich Meinecke schrieb, „für korrupt, wenn auch durchweg nicht im kriminellen Sinne“⁹. Antipluralismus und ein zumindest latenter Antiparlamentarismus waren also auch im liberalen Bürgertum weit verbreitet; sie gründeten in einem harmonistischen Gesellschaftsbild, einer Sehnsucht nach „überparteilicher“ Einheit, der viele auch dann angingen, wenn sie sich selbst parteipolitisch betätigten. Das gilt zum Beispiel für einen anderen Historiker, Walter Goetz, prononcierter „Vernunftrepublikaner“, führendes Mitglied der DDP und Abgeordneter des Reichstags: Er empfand den parlamentarischen Alltag als „abstoßend stillos“ und die ersten Eindrücke als „niederdrückend“: „unendliches Reden und Zeitvergeuden für den Zuhörer“¹⁰.

Tatsächlich blieb die Fiktion eines sozial und kulturell homogenen Volkswillens als einheitsverbürgende Grundlage des Staates für den größten Teil der Weimarer Eliten ein unübersteigbarer Horizont. Die konservative Variante solchen Denkens führte in die ideologische Konstruktion einer über den Parteien thronenden, „unpolitischen Politik“¹¹. Die liberale Variante dieses Denkens hatte Friedrich Naumann der Weimarer Republik vererbt. Eine ganze Generation von parteipolitisch aktiven, bürgerlichen Demokraten oder zumindest „Vernunftrepublikanern“ war von Naumann und seiner Zeitschrift „Die Hilfe“ zutiefst geprägt worden. Dazu gehörten Namen wie Friedrich Meinecke, Walter Goetz, Lujo Brentano, Theodor Heuss, Anton Erkelenz und viele andere. Von dieser Seite aus wurden die Verhältnisse im Kaiserreich sowie die Bismarckverfassung einer weitreichenden Kritik unterzogen, allerdings bei fortbestehender Hoffnung auf die Versöhnung der sozialen Klassen und Schichten der industriellen Massengesellschaft im Gehäuse eines nationalen Machtstaates¹². Natürlich gab es zwischen konservativen und liberalen Kräften in der Weimarer Republik *qualitative* politi-

⁸ Hermann Oncken, *Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft*. Rede bei der Reichsgründungsfeier der Universität München am 18. Januar 1926, in: *ders.*, *Nation und Geschichte*. Reden und Aufsätze 1919–1935 (Berlin 1935) 71–90; *ders.*, Rede bei der Verfassungsfeier der Berliner Hochschulen am 27. Juli 1929, ebd. 102–118.

⁹ Hermann Oncken an Friedrich Meinecke, 18. 2. 1920, zit. n. Döring, *Weimarer Kreis* 69.

¹⁰ Tagebucheinträge NL Goetz, 24. 6. u. 10./11. 7. 1920, zit. n. Wolf Volker Weigand, *Walter Wilhelm Goetz 1867–1958. Eine biographische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten* (Boppard a. Rh. 1992) 204 f.

¹¹ Raimund von dem Bussche, *Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen* (Heidelberg 1998) v. a. 32 ff.

¹² Vgl. hierzu Andreas Wirsching, *Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik*, in: Christoph Gusy, *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik* (Baden-Baden 2000) 71–95, hier v. a. 86 ff. Siehe jetzt auch in vergleichender Perspektive: Stefan Grüner, *Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit*, in: Horst Möller, Manfred Kittel, *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich* (München 2002) 219–249.

sche Unterschiede und eine Vielzahl von Nuancierungen. Doch fuhren beide Richtungen über weite Strecken fort, die Gesellschaft weniger als Quelle des Staates denn als Problem des Staates zu betrachten¹³. In der Endphase der Republik machte das auch liberale Demokraten wie zum Beispiel Theodor Heuss anfällig für autoritäre Versuchungen¹⁴. Dagegen blieben jene eine Minderheit, die – wie Gustav Radbruch – den Satz Hans Kelsens: „Der Relativismus ist die Weltanschauung, die vom demokratischen Gedanken vorausgesetzt wird“ hätten unterschreiben wollen¹⁵. Kein Zweifel: Unter anderem als Folge der im Kaiserreich ungenügend durchgeführten und 1918 verspätet erfolgten Parlamentarisierung des deutschen Regierungssystems übte die „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“, als die Gustav Radbruch die Vorstellung von der „Überparteilichkeit der Regierung“ geißelte¹⁶, auch in der Weimarer Republik eine Art faulen Zauber aus. Grundsätzlich geändert hat sich das erst nach 1945.

Allerdings soll hier nun keineswegs eine Meinung vertreten werden, die den Weimarer Parlamentarismus aufgrund solcher und anderer bekannter „historischer Vorbelastungen“ als zum Untergang prädestiniert sähe¹⁷. Vielmehr sollen im folgenden drei Aspekte des Themas eingehender diskutiert werden, die zwar mit jenen Vorbelastungen zusammenhängen, zugleich aber doch über sie hinausweisen und parlamentarische Potentiale jenseits der für Weimar spezifischen Sackgassen andeuten. Die Stichworte lauten: Koalition (II), Opposition (III) und Interessenrepräsentation (IV). Dabei geht es erstens um die Möglichkeiten, die das Weimarer Parteiensystem zur Bildung parlamentarischer Mehrheiten und – so sei ausdrücklich hinzugefügt – zur systemloyalen Oppositionspolitik bot; zweitens geht es um die Frage, wie die Interessensverbände, also eben jene Phänomene der gesellschaftlichen Differenzierung, die von vielen Bürgern beklagt wurde, in das parlamentarische System integriert waren, bzw. welche Sprengkräfte von ihnen ausgingen. Dabei versteht es sich von selbst, daß bei der Geschichte von Weimar stets von einem komplexen und multifaktoriellen Geschehen auszugehen ist. Wenn daher im folgenden eher zugespitzte Thesen formuliert werden, dann geschieht dies um der Klarheit der Argumentation willen und auch aus heuristischen Gründen.

¹³ Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert* (München 2000) 155.

¹⁴ Siehe Ernst Wolfgang Becker, *Ermächtigung zum politischen Irrtum. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit* (Stuttgart 2001).

¹⁵ Zitiert von Gustav Radbruch in: *Handbuch des Deutschen Staatsrechts*, Bd. 1, hrsg. v. Gerhard Anschütz, Reinhard Thoma (Tübingen 1930) 289.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (Stuttgart 1964) 13–31.

II.

Unter den Zeitgenossen wie in der modernen Forschung bestand und besteht Einigkeit darüber, daß die Funktionsfähigkeit des Weimarer Parlamentarismus entscheidend davon abhing, ob er die Bildung regierungstragender Koalitionsmehrheiten ermöglichte. Keinem Zweifel unterliegt auch, daß dies in dem spezifisch deutschen „polarisierten Vielparteiensystem“ auf besondere Probleme stieß¹⁸. Dies unterschied den deutschen Fall von dem britischen mit seinem lang etablierten Zwei- bzw. Dreiparteiensystem. Und die französische Dritte Republik besaß zwar ein dem deutschen vergleichbar zerklüftetes Vielparteiensystem; mit der hegemonialen Tradition des Republikanismus verfügte sie aber über einen gemeinsamen kulturellen Nenner, der den parlamentarischen Brückenschlag auch über interessenpolitische Gegensätze immer wieder erleichterte¹⁹.

Demgegenüber ist die historische Entwicklung des deutschen Parteiensystems nicht zu trennen von der Ausprägung seiner großen Hauptströmungen, deren historisch älteste, der Liberalismus, sich dauerhaft gespalten hatte. Vereinfacht gesagt und etwas schematisiert, standen sich im späten Kaiserreich zwei ungefähr gleich starke politische Lager gegenüber: zum einen ein Linksblock, bestehend aus der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei, der bei der Reichstagswahl 1912 erstmals durch ein Stichwahlbündnis hervortrat²⁰. Programatisch war er (mit gewissen Einschränkungen) auf Parlamentarisierung, Demokratie und Sozialstaatlichkeit verpflichtet. Zum anderen ein Rechtsblock, bestehend aus Konservatismus und Nationalliberalismus. Er lehnte das parlamentarische System im Grundsatz ab und bekämpfte die Arbeiterbewegung. Dazwischen stand das katholische Zentrum. Mit einem rechten und einem linken Flügel ragte es in beide Blöcke hinein und blieb daher auch mit beiden koalitionsfähig²¹. Tatsächlich aber mangelte es dem Konstitutionalismus des Kaiserreiches an einer klaren Ausdifferenzierung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien sowie an der Möglichkeit zum regelmäßigen politischen Pendelschlag zwischen ihnen. Die statt dessen existierenden politischen Lager waren für sich genommen zu schwach, um mehrheitsfähig zu sein, jedoch stark genug, um sich gegenseitig zu blockieren. Hinzu kam die Wirkung des konstitutionell-monarchischen Systems, das dem Reichstag, den Parteien und ihren Führern die Idee eines „über den Parteien“ stehenden Staates entgegenstellte, verkörpert in der Monarchie und der Beamtenschaft. Beides, das nicht grundsätzlich veränderte Vielparteiensystem und die konstitutionalistische Fixierung auf eine vermeintlich „überparteiliche“

¹⁸ Der Begriff „polarisiertes Vielparteiensystem“ nach *Giovanni Sartori*, *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Bd. 1 (Cambridge 1976) 131 f.

¹⁹ *Daniela Neri*, Die Bündnisfähigkeit von SFIO und Parti radical – ein systemstabilisierender Faktor in der späten Dritten Republik?, in: *Möller, Kittel*, Demokratie 183–201.

²⁰ *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1966–1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie (München 1992) 747.

²¹ Vgl. *Friedrich Naumann*, Die politischen Parteien (1910), in: *ders.*, Werke Bd. IV, hrsg. v. *Theodor Schieder* (Opladen 1964) 99–198, hier 132–134.

Instanz, setzte sich in der Weimarer Republik mehr oder minder ungebrochen fort²².

Solcherart mit „historischen Vorbelastungen“ versehen, war es für die Geschichte des Weimarer Parlamentarismus von entscheidender Bedeutung, ob sich die heterogenen und fragmentierten Parteienverhältnisse im Reichstag in Regierungsmehrheiten würden ummünzen lassen. Und eben dies wurde nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, als die Weimarer Koalition ihre Mehrheit verlor, zum neuralgischen Punkt der deutschen Politik, in dem sich überdies innen- und außenpolitische Problemlagen verschränkten. Die meisten Angehörigen der parlamentarischen Elite beantworteten die offene Dauerfrage nach der erforderlichen Regierungsmehrheit mit dem Hinweis auf die Große Koalition. Obwohl 1923 nur kurz, 1928/29 für etwas längere Zeit verwirklicht, stand dieses Modell einer parlamentarischen Mehrheit von der DVP bis zur SPD doch mehr oder minder dauerhaft auf der Tagesordnung. Auch zwischen 1924 und 1928 wurde über eine solche Option mehrfach diskutiert und verhandelt. Als Ziel galt dabei, bei einer möglichen neuen Regierungsbildung „die Basis so breit zu finden wie nur irgend denkbar“²³. Bezüglich einer Großen Koalition Vorschläge zu machen oder Verhandlungen durchzuführen wurde in den 1920er Jahren für die Politiker der betroffenen Parteien zu einer Lieblingsbeschäftigung. Entsprechend betrachteten viele Zeitgenossen das Nichtzustandekommen potentieller und das Scheitern der tatsächlichen Großen Koalitionen als problematisch, vielleicht sogar verhängnisvoll, in jedem Fall aber als Mangel an Funktionstüchtigkeit des Weimarer Parlamentarismus. Erinnert sei nur an den bekannten Ausruf Friedrich Eberts nach dem Sturz Stresemanns am 23. November 1923: „Was euch veranlaßte, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen. Aber die Folge eurer Dummheit werdet ihr noch zehn Jahre lang spüren.“²⁴

Die Forschung ist dieser Einschätzung im wesentlichen gefolgt; mit den überzeugt republikanischen Zeitgenossen gemeinsam hat sie bedauert, daß die Große Koalition zu wenig Integrationskraft besaß, um den Weimarer Parlamentarismus zu stabilisieren. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei das Scheitern der Großen Koalition unter Hermann Müller als einer entscheidenden Zäsur im Niedergang der Weimarer Republik. Daß die Koalition 1929/30 ihre inneren Widersprüche nicht zu überwinden vermochte, bildete bereits für Werner Conze den Schlußpunkt in der unaufhebbaren „Krise des Parteienstaates“²⁵. Der Weimarer Parlamentarismus sei an sich selber zugrunde gegangen, so resümierte Karl Diet-

²² *Gerhard A. Ritter*, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920 (1970), in: *ders.*, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Göttingen 1976) 116–157, hier v.a. 117 ff.

²³ So formulierte es Ende 1925 der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Franz Kempner: Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Luther I und II, Bd. II (Boppard a. Rh. 1973) 924.

²⁴ *Stresemann*, Tagesnotiz am 23. 11. 1923, in: *ders.*, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Bd. I: Vom Ruhrkrieg bis London (Berlin 1932) 245.

²⁵ *Werner Conze*, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: HZ 178 (1954) 47–83.

rich Erdmann, „als die Flügelparteien der Großen Koalition nicht mehr die Kraft und den Willen aufbrachten, über den widerstreitenden Interessen der hinter ihnen stehenden Gruppen eine zum Kompromiß fähige und doktrinaire Staatsgesinnung zur Geltung zu bringen“²⁶. Und auch die neueste Studie zum Thema kommt zu dem Ergebnis, DVP und SPD hätten eine „mangelnde Fähigkeit zum innenpolitischen Koalitionskompromiß“ an den Tag gelegt. Letztlich erscheint damit auch die Geschichte der gescheiterten Großen Koalition als eine „Geschichte der Niederlagen und Fehlschläge“²⁷. Ungeachtet der Nuancen und der im Detail voneinander abweichenden Wertungen besteht doch Einigkeit darüber, daß die Große Koalition für die Überlebensfähigkeit des Weimarer Parlamentarismus das Maß aller Dinge war. So unbestreitbar diese Auffassung im Hinblick auf die spezifische Situation von 1929/30 ist, als das Ende der Großen Koalition tatsächlich den Übergang zum Präsidialregime präjudizierte, so problematisch erscheint sie, wenn sie gleichsam ex post auf die gesamten 1920er Jahre zurückverlängert wird. Die Große Koalition wird damit in einer Ausschließlichkeit zur parlamentarischen Norm der Weimarer Republik erhoben²⁸, die der näheren systematischen Begründung bedürfte.

Denn reproduzierte nicht die Idee einer Großen Koalition in problematischer Weise die konstitutionalistische Vorstellung von einer „über den Parteien“ stehenden Regierungsgewalt? Trug nicht gerade, so muß gleichsam „gegen den Strich“ gefragt werden, die Fixierung auf die Große Koalition eben auch dazu bei, den Weimarer Parlamentarismus zu lähmen? Verriet nicht das stete Schielen nach der Großen Koalition die Vorstellung, man könne durch eine Regierung, die alle relevanten republikanischen Parteien einschloß, zugleich auch den Widrigkeiten des Parteiensystems selbst entgehen? Offenkundig bestand zwischen dem Drängen nach der Großen Koalition und der Fiktion einer überparteilichen Regierung ein enger gedanklicher und historischer Zusammenhang, und zwar vor allem dann, wenn man an die zugrunde liegende Auffassung von Demokratie und Gesellschaft denkt. Eine Konsensregierung, in der alle gesellschaftlichen Interessen möglichst proportional repräsentiert sind, kommt eben jener ideologischen Norm am nächsten, über die eingangs gesprochen wurde: eine Norm, die von der präsumtiven Einheit des Volkes ausgeht und die soziale Differenzierung entweder leugnet oder zumindest aus dem Raum der politischen Regierung ausgegrenzt wissen will.

Nach einer solchen Norm strebten in der Weimarer Republik nicht wenige führende Politiker, insbesondere aus den bürgerlich-liberalen Parteien. Erich Koch-Weser etwa, von 1924 bis 1930 Partei- und Fraktionsvorsitzender der DDP, hielt

²⁶ Karl Dietrich Erdmann, *Die Weimarer Republik* (München 1980) 277 (zuerst 91973 in Bd. IV des *Gebhardt*, *Handbuch der Deutschen Geschichte*).

²⁷ Ludwig Richter, SPD, DVP und die Problematik der Großen Koalition, in: Möller, Kittel, *Demokratie* 153–181, hier 155 u. 181. Vgl. Heinrich A. Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930* (Bonn, Berlin 1985) 815–823.

²⁸ So etwa besonders dezidiert Ludwig Richter, *Die Deutsche Volkspartei 1918–1933* (Düsseldorf 2002) 14.

die Große Koalition stets, wenn nicht für den Königs-, so doch für den einzig gangbaren Weg der Politik. Er entsprach am ehesten den Ambitionen einer liberalen „Weltanschauungspartei“, die gegenüber den konkurrierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einzelinteressen das „Staatsinteresse“ sicherte. Sollten dagegen „wirtschaftliche Fragen künftig dominieren, dann würde das zu einer Atomisierung des Parlamentarismus führen“²⁹. Schon Ende 1920 setzte Koch-Weser daher seine Hoffnungen auf eine „große Aufbaukoalition“, die „von der DVP bis zur Sozialdemokratie“ reichen würde³⁰. Und auch Mitte der zwanziger Jahre wurde er als Vorsitzender nicht müde, seine Partei auf einen entsprechenden Kurs einzuschwören. Allein eine Große Koalition vermochte aus seiner Sicht einer zu schroffen Akzentuierung der politischen Gegensätze und einer gesellschaftlichen Polarisierung gegenzusteuern. „Unsere Politik“, so erklärte er Ende 1925, „kann immer nur darauf gerichtet sein, eine Große Koalition zu schaffen, in der die Sozialdemokraten uns davor schützen, daß der rechte Flügel unzuverlässig wird, und in der Zentrum und Deutsche Volkspartei uns davor schützen, daß die Sozialdemokratie eine einseitige Politik der Sozialisierung betreibt.“³¹ Und noch im Mai 1930 hoffte Koch-Weser, man werde bald zur Großen Koalition zurückkehren³².

Die Vorstellung, die häufig gegensätzlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen in einer möglichst breiten Koalition politisch zu neutralisieren, teilte Koch-Weser mit anderen Politikern der liberalen Parteien, aber auch des Zentrums. In der Praxis hieß dies, daß die faktische oder als Möglichkeit diskutierte Erweiterung einer Regierungskoalition „nach rechts“ ihre gleichzeitige Erweiterung nach „links“ erheischte und umgekehrt. Stets erschien dabei die Notwendigkeit, die jeweiligen Flügelparteien gemeinsam in die Verantwortung zu nehmen, um kommende schwere Zeiten bestehen zu können, als Leitmotiv der Koalitionspolitik. „Die einzig mögliche Lösung sei die Bildung einer Regierung der Großen Koalition“, konstatierte z.B. Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum) Ende 1925, als die DNVP ihre Minister aus dem ersten Kabinett Luther zurückgezogen hatte. Angesichts der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des bevorstehenden Winters könne nur eine Regierung „mit ganz fester Mehrheit“ unter Einschluß der SPD bestehen³³. Und in geradezu absurder Form begegnete dieser Gedanke im Spätsommer und Herbst 1924: Während sich das

²⁹ Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias, Rudolf Morsey, eingeleitet v. Lothar Albertin (Düsseldorf 1980) Nr. 146a, 457: Sitzung des Vorstandes, 14. 6. 1928.

³⁰ Ebd. Nr. 72, 159 u. Anm. 20: Sitzung des Vorstandes, 3. 12. 1920.

³¹ Ebd. Nr. 127, 356f.: Sitzung des Parteiausschusses, 4. 12. 1925. Vgl. ebd. Nr. 112, 306: Sitzung des Parteiausschusses, 27. 1. 1924; Nr. 126, 355: Sitzung des Vorstandes, 3. 11. 1925; Nr. 129, 363f.: Sitzung des Parteiausschusses, 24. 1. 1926; Nr. 143, 438: Sitzung des Vorstandes, 3. 4. 1928; Nr. 145, 445: Sitzung des Parteiausschusses, 29. 4. 1928.

³² Ebd. Nr. 162, 530: Sitzung des Vorstandes, 5. 5. 1930.

³³ Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Die Kabinette Luther I u. II (Boppard a.Rh. 1977) Bd. 2, Nr. 243, 942 (Ministerbesprechung vom 5. 12. 1925).

bürgerliche Minderheitskabinett Marx um eine Erweiterung seiner Basis durch die DNVP bemühte, diskutierte man im Zentrum eine *gleichzeitige* Heranziehung der SPD! „Die Zentrumspartei“, so lautete der entsprechende Beschluß des Parteivorstandes, „hat ... sich stets bemüht, alle politischen Kräfte zur staatlichen Verantwortung heranzuziehen, die positiv mitzuarbeiten gewillt sind. ... Das Ziel der Zentrumspartei bleibt nach wie vor die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft, in der alle nationalen, sozialen und kulturellen Kräfte des dt. Volkes zur fruchtbaren Auswirkung gelangen können.“³⁴ Während Reichskanzler Wilhelm Marx die Idee „einer Erweiterung nach beiden Seiten“ im Kabinett durchaus wohlwollend vertrat, stieß sie freilich bei den volksparteilichen Ministern Stresemann und Jarres sowie bei dem parteilosen Reichsernährungsminister von Kanitz auf zum Teil scharfe Kritik³⁵. Aber wenn auch, wie Stresemann feststellte, „die ganz große Koalition von den Parteien nicht ernst gemeint sei“³⁶, so bildete doch der zugrunde liegende Gedanke für die Befürworter der Großen Koalition ein Kontinuum. Nicht zuletzt Stresemann selbst setzte sich immer wieder vehement und zum Teil gegen den Willen vieler Parteifreunde für eine entsprechende Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ein. Wenn er diesen Gedanken begründete, kleidete er ihn in fast die gleichen Worte wie die zitierte EntschlieÙung des Zentrumsvorstandes. Auch Stresemann trat, wie er Anfang 1921 äußerte, für den Gedanken einer „großen Volksgemeinschaft“ ein. „Diese Volksgemeinschaft bedeutet parlamentarisch die Große Koalition.“³⁷ Ähnlich wie Koch-Weser ließ sich Stresemann dabei unter anderem vom Widerwillen gegen die Überwucherung des Parlamentarismus (und seiner eigenen Partei) sowie der individuell wirkenden politischen Einzelpersonlichkeit durch ökonomische Partikularinteressen und ihre Verbände leiten³⁸.

Erklärte aber nicht die Idee der Großen Koalition zur regelhaften Notwendigkeit, was in Wirklichkeit nur die absolute Ausnahme sein konnte? *Konnte* eine Große Koalition angesichts der tiefen gesellschaftlichen und kulturellen Zerklüftung der Weimarer Republik überhaupt eine realistische stabile parlamentarische

³⁴ EntschlieÙung des Parteivorstandes des Zentrums in Hannover vom 31. 8. 1924, zit. in: Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Marx I u. II (Boppard a.Rh. 1973) 1090f. (Anm. 2).

³⁵ Ebd. 1088–1092.

³⁶ Ebd. Nr. 317, 1092 (Kabinettsitzung vom 6. 10. 1924).

³⁷ Stresemann gegenüber dem Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“, Ernst Posse, am 4. 1. 1921, zit. n. Richter, SPD, DVP und die Problematik der Großen Koalition, 158 (Anm. 19). Vgl. ebd. passim. Vgl. auch Stresemanns Äußerung vor dem Zentralvorstand der DVP am 26. 2. 1929: „Der tiefste Wunsch meines Lebens ist stets der gewesen, daß diejenigen Schichten, die links und rechts von uns demselben Gedanken der bewußten Mitarbeit an der Bejahung und Enthaltung des Staates sich hingeben, ohne damit irgend etwas von der stolzen Tradition der vergangenen Zeiten zu vergeben, sich zusammenfinden und von links und rechts zur Mitte heranrücken möchten, um durch ihre staatspolitischen Ideen und die Stärke, die sie dadurch hätten, auch gleichzeitig zur Beseitigung der Erscheinung von reinen Interessensparteien, all der Wirtschaftsparteien, beizutragen.“ Eberhard Kolb, Ludwig Richter (Hrsg.), Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933 (Düsseldorf 1999) Bd. II, Nr. 73, 769.

³⁸ Ebd. 771 f.

Regierung begründen? Zumindest ein Stück weit war die Große Koalition stets auch der zum Scheitern verurteilte Versuch, den Reichsverband der Deutschen Industrie und den ADGB unter ein Regierungsdach zu bringen. Wenn aber in dieser Hinsicht Skepsis angebracht ist, stellt sich als nächste Frage: ob nicht die Große Koalition von den zeitgenössischen Akteuren, aber auch von der Historiographie, mit Erwartungen überfrachtet wurde, die historisch wenig adäquat sind. In dieser Perspektive entpuppten sich dann auch die über lange Zeit hinweg ausgefochtenen Kontroversen, wer denn „Schuld“ sei bzw. die „Verantwortung“ trage am Nichtzustandekommen der Großen Koalition etwa im November 1922 oder in den Jahren 1925/26 bzw. am Ende der Großen Koalitionen von 1923 und 1930 – die DVP oder die SPD – im Kern eine *question mal posée*.

Diese Skepsis verstärkt sich, wenn man das Problem der Großen Koalition unter systemtheoretischen Aspekten betrachtet. So hat kürzlich Thomas Raithel, teilweise unter Verweis auf Walter Bagehot, vier Hauptfunktionen des Parlamentarismus skizziert und die Situation in Weimar und in der Dritten Französischen Republik daran vergleichend gemessen. Dabei handelt es sich um die legislative Funktion und die Kontrollfunktion als die älteren, klassischen Spezifika gewählter Vertretungskörperschaften. Von größerer Bedeutung für die modernen Parlamente sind dagegen ihre regierungstragende Funktion und die Alternativfunktion³⁹. Daß nun die regierungstragende und regierungsstützende Funktion des Parlaments durch die Bildung oder schon durch die bloße Idee einer Großen Koalition unterentwickelt bleiben mußte, ist leicht einsehbar. Innen-, wirtschafts- und sozialpolitisch konnte daher eine solche Koalition keine gemeinsame Regierung wirklich stützen; vielmehr verstärkte die Heterogenität des Bündnisses die Neigung der Regierungsfaktionen, die Kontrollfunktion um so enger auszuüben. Oder das Kabinett der „Großen Koalition“ verstand sich überhaupt nicht als förmliche Regierung einer Parteienkoalition, sondern beschränkte sich, wie dies 1928/29 der Fall war, auf die Mitarbeit von „Köpfen“ ohne förmliche Beteiligung der Fraktionen. Das Ergebnis war die „eingebaute Dauerkrise“⁴⁰: der Dauerkonflikt zwischen Fraktionen und Kabinett, über den die beteiligten Minister beständig klagten⁴¹ und der im Extremfall, wie bei der Panzerkreuzer A-Affäre, dazu führen konnten, daß die Kabinettsminister von der Fraktion gezwungen wurden, ihre eigene Vorlage abzulehnen.

Setzte man nun das genannte funktionale Modell des Parlamentarismus in eine Beziehung zum Realtyp des deutschen Parteiensystems, so würde dies konkret

³⁹ Thomas Raithel, *Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919–1933/40. Ein funktionaler Vergleich*, in: Möller, Kittel, *Demokratie* 283–314, hier v.a. 287f. Siehe jetzt auch: ders., *Reichstag und Chambre des députés in der Krise der Inflationszeit. Eine Studie zum deutschen und französischen Parlamentarismus zwischen den Weltkriegen*, Habil. Schrift München 2002 (erscheint vorauss. München 2004).

⁴⁰ Berliner Tageblatt, Nr. 294, 26. 6. 1928, zit. n. Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917–1933* (Berlin 1982) 306.

⁴¹ Siehe z. B. Stresemann, in: Kolb, Richter, *Nationalliberalismus*, Bd. II, Nr. 73, 764 (Sitzung des Zentralvorstands der DVP, 26. 2. 1929).

heißen: Eine pendelartige Abwechslung der parlamentarischen Regierung durch die genannten Blöcke – Linksblock aus SPD und DDP, Rechtsblock aus DVP und DNVP, nach beiden Seiten hin koalitionsfähiges Zentrum – bei gleichzeitiger Herausbildung einer jeweils systemloyalen Opposition hätte den parteienstaatlichen Parlamentarismus in Deutschland schon nach dem Ersten Weltkrieg etablieren können. Demgegenüber war die Große Koalition, das Lieblingskind der verfassungstreuen Weimarer Parteien wie auch der historischen Forschung, eine eigentlich systemwidrige Idee. Wenn nämlich die DVP in eine Große Koalition mit der SPD eintrat, befand sie sich, gemessen an der historischen Logik des deutschen Parteiensystems, in der falschen Koalition; und das mit erheblichen Rückwirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Weimarer Parlamentarismus.

Nun liegt der Einwand nahe, es habe eben an alternativen Mehrheiten im Reichstag gemangelt, so daß die Große Koalition die letztlich einzige Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung geblieben sei. Aus diesem Grunde, so läßt sich argumentieren, könne die reale Entwicklung des Weimarer Parlamentarismus nicht an einem abstrakten Modell gemessen werden, das seine Maßstäbe aus der Analyse britischer oder gar bundesrepublikanischer Verhältnisse, in jedem Fall aber aus einer gegenstandsfremden Theorie beziehe⁴². Diese Einwendungen wiegen schwer; und auch wenn sie ihrerseits eine anfechtbare Tendenz zu einer deterministischen Sichtweise implizieren, soll gar nicht in Abrede gestellt werden, daß das hier diskutierte Modell primär heuristischen Wert hat. Andererseits gewinnen historische Alternativen dann an Plausibilität, wenn sich nachweisen läßt, daß sie im Zeit- und Denkhorizont der Akteure präsent waren und möglicherweise auch diskutiert wurden. In diesem Fall handelt es sich keineswegs nur um abstrakte, unhistorische Modelle, sondern um empirisch verifizierbare Perspektiven.

In der Frühphase der Republik war es vor allem der Mord an Walther Rathenau vom 24. Juni 1922, der den republikanischen Kräften erheblichen Rückenwind verlieh. Im Sommer und Herbst 1922, als es um das Schicksal des zweiten Kabinetts Wirth ging, lag durchaus auch die „linke“ Alternative zur Großen Koalition im Horizont nicht weniger Mitlebender. Die sogenannte Rest-USPD hatte bereits im Herbst 1921 eine eigene Beteiligung an der Regierung nicht grundsätzlich ausgeschlossen⁴³. Und nach der schon lange zuvor erwarteten Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien am 24. September 1922 in Nürnberg⁴⁴ verfügte die Weimarer Koalition zumindest theoretisch über eine komfortable Reichstagsmehrheit. Warum erfolgte also keine gemeinsame parlamentarische Initiative zur Stützung einer solcherart gekräftigten Regierung Wirth?

Tatsächlich offenbarten die Verhandlungen im Sommer und Herbst 1922, daß die Idee der Weimarer Koalition innerhalb der DDP wie der Zentrumspartei

⁴² Auf der Tagung des Historischen Kollegs war dies der wesentliche Einwand gegen die hier vorgetragenen Thesen.

⁴³ *Heinrich A. Winkler*, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924* (Berlin, Bonn 21985) 457.

⁴⁴ Siehe hierzu ebd. 486–501.

kaum mehr über Rückhalt verfügte. Dagegen war die große Mehrheit der parlamentarischen Akteure der Überzeugung, daß jetzt, nach der unübersehbaren Stärkung des linken Flügels der SPD, ein politisch-gesellschaftliches Gegengewicht gefunden und daher die DVP in die Regierung einbezogen werden müsse. Zu diesem Zweck hatten die Reichstagsfraktionen von DDP, Zentrum und DVP bereits im Juli 1922 eine parlamentarische „Arbeitsgemeinschaft“ gebildet, die explizit als Gegenkraft zu der erwarteten Wiedervereinigung der SPD fungierte⁴⁵. Insbesondere in der DDP stieß dieser Kurs auch auf Kritik⁴⁶; im Vorstand gab es Stimmen, die selbst „eine Koalition mit den Unabhängigen“ für „gar nicht so ganz ausgeschlossen“ hielten⁴⁷; und Anton Erkelenz warnte davor, die „Trennung in Bürgerschaft und Arbeiterschaft“ sowie den „Gegensatz zur Sozialdemokratie“ fahrlässig zu vertiefen⁴⁸. Als *Möglichkeit* wurde die politische Option, mit der vereinigten Sozialdemokratie die solcherart gestärkte Weimarer Koalition fortzuführen, in der DDP also durchaus benannt und diskutiert. Die Mehrheit um den Parteivorsitzenden Carl Petersen dachte freilich anders: Zur Festigung der Republik sei es notwendig, „daß die gegenwärtige Staatsform durch eine möglichst breite Mehrheit der Mitte getragen wird“⁴⁹. Ähnlich entwickelte sich die Situation in der Zentrumsparlei: Zwar schlossen im Juli 1922 Reichskanzler Wirth sowie sein Vorgänger Konstantin Fehrenbach eine Aufnahme der (Rest-)USPD in die Regierungskoalition nicht aus⁵⁰. Das Ziel der Fraktionsmehrheit aber, auf das auch der Parteiführer Wilhelm Marx zusteuerte, blieb die Große Koalition⁵¹. Und selbst ein Vertreter des Gewerkschaftsflügels wie Adam Stegerwald vertrat die Auffassung, um den „verderblichen Einfluß“ der SPD auf die Regierung zurückzudrängen, sei eine „Koalition, so breit wie nur irgend möglich, nicht bloß anzustreben, sondern erforderlichenfalls auch zu erzwingen“⁵². In diesen Stimmen, die in der DDP wie im Zentrum gleichermaßen überwogen, wird einmal mehr der Gedanke einer Regierung greifbar, welche die Parteien koalitionspolitisch überwölbt und damit auch *über* den gesellschaftlichen Einzelinteressen steht. Sie offenbaren ein in der Geschichte des Weimarer Parlamentarismus immer wieder erkennbares Paradox: Je tiefer sich nämlich die inneren Gegensätze präsentierten – 1921/22 etwa im Hinblick auf sozial- und steuerpolitische Entscheidungen –, desto stärker erhob sich der Ruf nach einer „breiten“ Mehrheit.

⁴⁵ *Raithel*, Reichstag.

⁴⁶ Vgl. *Werner Stephan*, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei (Göttingen 1973) 212.

⁴⁷ Linksliberalismus in der Weimarer Republik, Dok. Nr. 95, 258, Sitzung des Vorstandes, 26. 6. 1922 (Cohnstaedt).

⁴⁸ Ebd. Dok. Nr. 97, 269, Sitzung des Vorstandes, 19. 7. 1922 (Erkelenz).

⁴⁹ Ebd. Dok. Nr. 97, 268, Sitzung des Vorstandes, 19. 7. 1922.

⁵⁰ *Rudolf Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923 (Düsseldorf 1966) 464; Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearb. v. *Rudolf Morsey*, *Karsten Ruppert* (Mainz 1981) Nr. 176: Fraktionssitzung vom 17. Juli 1922, 386.

⁵¹ *Morsey*, Zentrumspartei 464 u. 480ff.

⁵² *Germania* 18. 7. 1922 (Abendausgabe), zit. n. *Raithel*, Parlamentarisches System 295, Anm. 55.

Nun sei nicht bestritten, daß der Linksruck der Vereinigten SPD und die temporäre Wiederkehr ihrer Klassenkampfrhetorik den Versuch nicht erleichterten; gefragt werden muß aber doch: Hätte nicht vielleicht die engere Koalitionsbildung entlang der Linie des Weimarer Bündnisses die Chance geboten, im Kontext der Inflation eine konturriertere Politik zu betreiben und zugleich den Parlamentarismus zu dynamisieren? Stellt man die Frage so, dann muß man bei der Suche nach Versäumnissen nicht so sehr auf die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion blicken, die am 14. November 1922 angesichts politischer Unvereinbarkeiten und innerparteilicher Rücksichtnahmen eine Große Koalition ablehnte⁵³. Zumindest im Sinne einer Funktionsanalyse des Weimarer Parlamentarismus erscheint das Verhalten anderer als zwiespältiger: etwa des rechten Flügels der DDP um Petersen; des Zentrums um Wilhelm Marx, der seine Partei dezidiert und mit antisozialdemokratischer Stoßrichtung auf großen Koalitionskurs bringen wollte; schließlich auch die Person Stresemanns, dessen Priorität je länger desto mehr die Regierungsbeteiligung war.

In ihren Folgen jedenfalls schädeten die Manöver des Jahres 1922 dem Weimarer System erheblich: Nachdem das Projekt der Großen Koalition gescheitert und Wirth vom Amt des Reichskanzlers zurückgetreten war, überzog unverkennbar Lähmung das Parlament. Über das Beamtenkabinett des neuen, präsidentialen Kanzlers Wilhelm Cuno, der den Reichstag zuvor niemals betreten hatte, führte der Weg zu einem ersten fundamentalen Funktionsverzicht des Reichstags: hin zum Regieren mit präsidentialen Notverordnungen und parlamentarischen Ermächtigungsgesetzen. Andererseits läßt sich über die Folgen bzw. Chancen, die eine Revitalisierung der Weimarer Koalition aus dem Parlament heraus im Herbst 1922 gehabt hätte, natürlich nur spekulieren. Nicht auszuschließen ist aber, daß eine kompakte, nach links tendierende Regierungsmehrheit kräftigere Maßnahmen zur steuerpolitischen Stabilisierung der Währung hätte ergreifen können. Zu denken ist insbesondere an das große Streitthema in diesem Zusammenhang, die sogenannte „Erfassung der Sachwerte“. Die katastrophale Inflationserfahrung des Jahres 1923, die ja maßgeblich zur Auszehrung der bürgerlichen Mittelparteien beitragen sollte, wäre damit – vielleicht – abgemildert worden.

Langfristig betrachtet und unabhängig von der offenen Krisensituation des Jahres 1922 besteht jedenfalls kein Zweifel daran, daß die Fixierung auf die Große Koalition die durchaus vorhandene Kompromißfähigkeit der beteiligten Parteien überforderte. Die zur parlamentarischen Norm erhobene Idee der Großen Koalition trug zur Lähmung des Weimarer Parlamentarismus bei, was schließlich auch der präsidentialen Intervention Vorschub leistete. Die lang andauernden und häufig vergeblichen Verhandlungen um die Bildung einer Großen Koalition verhärteten das in der Öffentlichkeit ohnehin negative Bild der Parteien und ihrer Parlamentspolitik noch zusätzlich; und schließlich leisteten sie dem Rechtsruck vor allem der

⁵³ *Alfred Kastning*, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923 (Paderborn 1970) 106–109; *Winkler*, Revolution 499 f. Zum Ganzen auch: *Richter*, Deutsche Volkspartei 261–263.

DVP, aber auch der Zentrumspartei seit 1929 Vorschub. Das über viele Jahre hinweg immer wieder präsentierte Thema einer im Grunde ungeliebten Koalition mit der SPD provozierte nun die Gegenreaktion: eine dauerhafte und stabile Regierung sollte endlich *ohne* die Sozialdemokratie möglich sein. Angesichts der Interessenstruktur der DVP konnte eine solche Haltung ohnehin nicht überraschen; auf Dauer war sie wohl unvermeidbar. Offen ist jedoch die Frage, ob die DVP ihren antisozialdemokratischen Trend nach rechts auch in Kooperation mit der DNVP und zugleich in parlamentarischer Weise hätte verfolgen können.

III.

Im Hinblick auf die Geschichte der DNVP gewinnt daher ein weiterer Nachteil der Großen Koalition an Bedeutung. Stärker noch als die regierungsstützende Funktion behinderte sie nämlich die *Alternativfunktion* des Parlaments. Die Konzentration in der Mitte überließ die Flügel dem Radikalismus; öffentlichkeitswirksame Opposition erfolgte überwiegend seitens der extremistischen Parteien, während die systemloyale Opposition gewissermaßen in die Praxis der Großen Koalition selbst eingebaut war. Daher brachte der Reichstag aus sich selbst so selten eine echte parlamentarische Regierungsalternative hervor. Auch unter diesem Aspekt läßt sich daher spekulieren, ob eine engere Koalitionsbildung im Jahre 1922 nicht zugleich die Chance zur systemloyalen Opposition auf der Rechten erhöht und auf mittlere Sicht mehr bürgerliche Wähler an die liberalen Parteien gebunden hätte, als dies dann faktisch der Fall war.

Anders stellte sich die Lage freilich während der Periode von 1924 bis 1928 dar, und man kann sich fragen, ob es nicht auch gerade die weltanschaulich und interessenpolitisch engeren Koalitionsbildungen dieser Jahre waren, die – aller koalitionspolitischen Fragilität zum Trotz – dem Weimarer Parlamentarismus noch einmal so etwas wie halkyonische Jahre verliehen⁵⁴. Dieses Problem ist eng verknüpft mit der Frage nach dem Integrationspotential der DNVP, also jener großen Oppositionspartei, die sich in der Anfangsphase der Weimarer Republik offen regimefeindlich gebärdete und insofern als Partner einer parlamentarischen Koalitionsregierung kaum in Betracht kam. Überdies herrschte zwischen Stresemann und einigen Führern der DNVP, insbesondere mit Hugenberg, auch eine ins Persönliche gehende Gegnerschaft. Ob allerdings die DNVP ihrem ganzen Zuschnitt nach auf die Dauer Fundamentalopposition würde betreiben können, erschien doch sehr zweifelhaft. Zu eng war sie mit mächtigen Interessen verbunden und zu stark wirkte der Wille in dem aristokratisch-protestantisch-ländlichen Milieu, an der politischen Macht auch wieder einmal teilzuhaben. Je länger sich der Weimarer Parlamentarismus also entwickelte und je tiefer er sich etablierte,

⁵⁴ Grundlegend hierfür nach wie vor: *Michael Stürmer*, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928 (Düsseldorf 1967).

desto mehr stieg die Wahrscheinlichkeit, daß sich auch die DNVP an ihm beteiligen würde.

Ansätze hierzu wurden Mitte der zwanziger Jahre immer deutlicher erkennbar. „Die Republik beginnt sich zu stabilisieren“, so schrieb Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau im September 1924 an den Grafen Westarp, „und das deutsche Volk beginnt, sich mit dem Geschehenen abzufinden. Es ist jetzt der Augenblick, wo wir nicht länger zögern dürfen.“ Lindeiner erkannte, daß sich die DNVP „in ihrem heutigen Umfang [...] auf die Dauer nicht in der unbedingten Opposition mehr halten läßt.“ Wollte man sie weiterhin als machtvolle Rechtsbewegung behalten und stärken, so „müssen wir jetzt die Macht im Staat mit übernehmen“⁵⁵. Mitte der zwanziger Jahre ließ sich also eine Tendenz dahingehend erkennen, daß die mehrheitlich interessenpolitisch-gouvernemental orientierte Reichstagsfraktion der DNVP die Partei – nicht gerade zur Liebe zum parlamentarischen System – aber zu einer pragmatischen Mitwirkung an ihm drängen würde⁵⁶.

Eine Schlüsselrolle in diesem Prozeß nahm Kuno Graf von Westarp ein, der im Januar 1925 Fraktionsvorsitzender und im März 1926 auch Parteivorsitzender wurde. Westarp personifizierte gleichsam die Chancen und zugleich die Grenzen, die für die Entstehung einer systemkonformen Rechten und ihre funktionale Integration in den Weimarer Parlamentarismus bestanden⁵⁷. Westarp machte aus seinen konservativen und zutiefst monarchistischen Anschauungen zunächst keinen Hehl und beteiligte sich 1920 am Kapp-Lüttwitz-Putsch⁵⁸. Aber als preußischer Beamter war der Dienst für das Wohl des Staates zu sehr die Grundlage seiner politischen Identität, als daß er einen vollständigen Ausschluß von der politischen Mitarbeit hätte hinnehmen können. Einem konservativen Politiker vom Schlage Westarps erwuchs hieraus freilich ein spezifisches Dilemma: „Für einen Politiker“, so urteilte sein Parteifreund Friedrich Everling treffend, „der aus der praktischen Arbeit der preußischen Verwaltung hervorgegangen und in konservativen Auffassungen groß geworden ist, und der nach Art und Anlage in schaffender Mitarbeit am Staat die höchste Leistung und Befriedigung erreichen würde, bedeutet es wiederum gewiß eine Tragik, in entscheidenden Jahren von solcher Mitarbeit ausgeschaltet und in die Opposition gedrängt zu sein.“⁵⁹ „Auch der schärfste Gegner des Systems, der leidenschaftlichste Rufer im Streit gegen Um-

⁵⁵ Zit. ebd. 251.

⁵⁶ Vgl. mit weiteren Belegen: *Stephanie Merkenich*, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933 (Düsseldorf 1998) 148 f.

⁵⁷ Neben *Stürmer*, Koalition, vgl. hierzu v.a. die materialreiche Arbeit von *Manfred Dörr*, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928 (Marburg 1964). Gleichwohl muß eine eingehende Analyse der deutschnationalen „Realpolitik“ der zwanziger Jahre, ebenso wie eine moderne Biographie Westarps, als Desiderat gelten.

⁵⁸ *Werner Liebe*, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924 (Düsseldorf 1956) 55 f.; *Johannes Erger*, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (Düsseldorf 1967) 93 f.

⁵⁹ *Friedrich Everling*, Westarp, in: *Hans von Arnim, Georg von Below*, Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien (Berlin 1925) 458.

sturz, Republik und Parlamentsdemokratie“, so sah es rückblickend Westarp selbst, konnte daher der „Notwendigkeit“ nicht ausweichen, „in dem bekämpften System, weil und solange er es nicht ändern konnte, politische Arbeit zu leisten“⁶⁰.

Auf solcher pragmatischen Grundlage vollzog sich Westarps Wandel vom unbedingten Gegner der Republik zum gouvernemental orientierten „Realpolitiker“. Nach 1925 vermochte er die Mehrheit der Reichstagsfraktion auf einen entsprechenden Kurs einzuschwören, nachdem sich bereits in manchen Ländern ein analoger deutschnationaler Gouvernementalismus entwickelt hatte⁶¹. Ihren Höhepunkt erreichte die deutschnationale „Realpolitik“ im Jahre 1927, als unter ihrer Mitverantwortung das Republikschutzgesetz verlängert wurde. Zwar war dieser Prozeß innerhalb der DNVP niemals unbestritten, und bisweilen ging der Riß auch mitten durch die Fraktion, wie etwa am 29. August 1924, als der Reichstag das durch den Dawes-Plan notwendig gewordene, verfassungsändernde Reichsbahngesetz mit 48 deutschnationalen Abgeordneten verabschiedete, während 52 DNVP-Mitglieder gegen die Vorlage stimmten⁶². Darüber hinaus verfiel sich auch der gemäßigt-gouvernementale Flügel allzu häufig in den Schlingen der nationalistischen Rhetorik. Sprachlich aufgetürmte Maximalforderungen verengten den Handlungsspielraum, wenn es um die Formulierung konkreter Kompromisse ging. Und schließlich lastete auf der gemäßigten Fraktions- und Parteiführung der stete Druck vieler Landesverbände sowie der deutschnationalen Presse, die mehrheitlich einen radikalen Oppositionskurs forderten. Und doch ist keineswegs unvorstellbar, daß sich der „realpolitische“ Kurs der DNVP hätte festigen und die Parlamentarisierung der Partei besiegeln können. Als zur rechten Mitte hin koalitionsfähige politische Kraft hätte eine solche DNVP den das parlamentarische System stabilisierenden Pendelschlag ermöglicht und zugleich die Alternativfunktion des Reichstages gestärkt. Überdies hätte eine solche Parteienkonstellation vermutlich auch weitaus mehr bürgerlich-konservative Wähler zu binden vermocht, als dies nach 1928 der Fall war.

Tatsächlich stärkten bereits die Regierungsbeteiligungen der DNVP unter den Kabinetten Luther und Marx 1925 und 1927/28 die Alternativfunktion des Reichstages nicht wenig. Zwar gestalteten sich die Koalitionen aus Zentrum, DVP und DNVP alles andere als einfach, und die Gegensätze blieben fast unüberwindbar. So scheiterte das erste Kabinett Luther an der Locarno-Frage; und das vierte Kabinett Marx geriet aufgrund der kulturpolitischen Auseinandersetzungen, ins-

⁶⁰ Kuno Graf von Westarp, Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918–1932 (Berlin 1932) 69.

⁶¹ Siehe etwa: Christian F. Trippe, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern (Düsseldorf 1995); Manfred Kittel, Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 59 (1996) 849–901.

⁶² Siehe Heinrich A. Winkler, Weimar. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie (München 1993) 265 f.

besondere um das Reichsschulgesetz, an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Gleichzeitig aber bestätigten diese „Bürgerblock-Regierungen“ die gewonnenen Lebenskräfte des Weimarer Parlamentarismus. Denn mit SPD und DDP bestand Mitte der zwanziger Jahre eine systemloyale Opposition, die sich zugleich als künftige Alternative empfahl⁶³.

Um so kritischer muß man die Situation des Jahres 1928 betrachten. Erneut und mit einer – fast läßt sich sagen – ungeprüften Selbstverständlichkeit steuerten die maßgeblichen Parteien und Politiker die Große Koalition an. Tatsächlich war ja über eine solche Option schon während der ganzen Jahre zuvor immer wieder diskutiert und verhandelt worden. Und auch nach den Reichstagswahlen von 1928 dominierte der Gedanke, möglichst viele Parteien und gesellschaftliche Kräfte zu einer Regierung zu vereinigen, die dann im Grunde „über den Parteien“ gebildet würde. Alle Nachteile und Funktionsdefizite der Großen Koalition, die anfangs ja ohnehin nur aus einer „Regierung der Köpfe“ bestand, reproduzierten sich also im Reichstag von 1928: übergroßes Bedürfnis der Regierungsfractionen, das Kabinett zu kontrollieren; Einbau der Oppositionsfunktion in die Koalition selbst; mangelnde Alternativfunktion des Reichstages. Daß die Koalition über eine breite numerische Mehrheit im Reichstag verfügte, konnte diese Funktionschwächen bei weitem nicht aufwiegen.

Einmal mehr kann man sich daher fragen, ob eine engere Koalitionsbildung nicht die Chance auf verbesserte Funktionalität eröffnet hätte. Im Gespräch waren die Weimarer Koalitionsparteien, die zusammen 240 von 491 Mandaten erreichten und nur eine der kleinen Parteien – wie etwa die Bayerische Volkspartei – zur Mehrheit im Reichstag gebraucht hätten. Die Fraktion der Zentrumsparlei wäre wohl zu einer solchen Neuaufgabe der Weimarer Koalition bereit gewesen⁶⁴. Und auch in der DVP-Fraktion wurden Stimmen laut, die der Ansicht waren, die Partei müsse nun gegenüber der siegreichen SPD in die Opposition treten. „Dies sei die Spielregel des Parlamentarismus.“⁶⁵ Und als Mitte Juni 1928 die Verhandlungen über eine Große Koalition endgültig an den Differenzen wegen eines möglichen Eintritts der DVP in die preußische Regierung zu scheitern schienen, ermächtigte der Reichspräsident den designierten Reichskanzler Hermann Müller zur Bildung einer kleinen Koalition⁶⁶. Zumindest unter dem Aspekt parlamentarischer Funktionalität läßt sich daher die Aktion Stresemanns, dessen „Schuß von

⁶³ Siehe etwa Rudolf Hilferdings Parteitage in Kiel 1927. Wie oben Anm. 5.

⁶⁴ Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumsparlei 1926–1933, bearb. v. *Rudolf Morsey* (Mainz 1969) Nr. 302 u. 303, Sitzungen vom 22. Juni 1928, 217f. Siehe auch *Karsten Ruppert*, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930 (Düsseldorf 1992) 359.

⁶⁵ Bundesarchiv Koblenz, NL Moldenhauer, Nr. 2: „Politische Erinnerungen“, Bl. 59. Ich danke Thomas Raithel für den Hinweis auf diese Quelle.

⁶⁶ Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, Bd. 1 (Boppard a. Rh. 1970) 3, Anm. 8. Siehe auch *Eberhard Kolb*, Führungskrise in der DVP. Gustav Stresemann im Kampf um die „Große Koalition“ 1928/29, in: *Wolther von Kieseritzky, Klaus-Peter Sick*, Demokratie in Deutschland (München 1999) 202–227, hier 207.

der Bühlerhöhe“ den Weg zum „Kabinett der Persönlichkeiten“ ja erst erzwang⁶⁷, durchaus kritisch diskutieren. Einem im Grunde veralteten, individualistischen Politikverständnis anhängend, verkannte Stresemann die Funktionsweise des modernen Parlamentarismus: nämlich die partielle, durch die Regierungsfraktionen *im* Parlament gewährleistete Fusion von Exekutive und Legislative. Demgegenüber hätte der konsequente Gang in die Opposition zwar eine zahlenmäßig auf schwacher Grundlage ruhende „Linksregierung“ zur Folge haben können. Dies wäre aber zu einem Zeitpunkt geschehen, da der Plan eines präsidentiellen Notverordnungs-kabinetts noch nicht auf der Tagesordnung stand und die Chance auf eine funktionale Stärkung des Weimarer Parlamentarismus noch bestand. Eine neue Regierungsalternative hätte von der *parlamentarischen* Rechten ausgehen können.

Gleichviel also, in welche Richtung eine enger gefaßte Koalitionsregierung tendiert hätte – auch die Neuaufgabe einer rein bürgerlichen Regierung lag zumindest im Bereich des Vorstellbaren⁶⁸ –: Die regierungsstützende und zugleich die Alternativfunktion des Weimarer Parlamentarismus wären in diesem Fall nachhaltiger zur Geltung gekommen. Fraglich ist auch, ob Hugenberg der DNVP seinen Radikalisierungskurs in dieser Form hätte aufzwingen können, wenn die DVP ebenfalls in die Opposition gegangen und damit ein Anknüpfungspunkt für spätere parlamentarische Alternativen bestehen geblieben wäre. Indem die radikalisierte Hugenberg-DNVP für eine DVP unter Stresemann endgültig als Koalitionspartner ausschied, verengte sie deren parlamentarischen Bewegungsspielraum in geradezu tödlicher Weise. Stresemann selbst hat dies kurz vor seinem Tod und im Kontext des Volksbegehrens gegen den Young-Plan in fast verzweifelter Form bekräftigt: „Ich sehe [...], daß wir mit der Linken gehen müssen, weil Teile von rechts in Deutschland verrückt geworden sind.“⁶⁹

Tatsächlich sind Kurs, Spaltung und Niedergang der DNVP unter Hugenberg als entscheidendes Verhängnis für den parteienstaatlichen Parlamentarismus der Weimarer Republik zu betrachten. Dies gilt in doppelter Hinsicht: Zum einen wurde dem Reichstag ein wichtiger Kristallisationspunkt für die Bildung einer systemloyalen Opposition und einer potentiellen Alternative entzogen. Zum anderen erodierte in den folgenden Jahren neben dem liberalen auch der konservative Pfeiler des traditionellen deutschen Parteiensystems. Erst dieser Zusammenbruch zweier traditioneller Pfeiler des deutschen Parteiensystems ermöglichte den Aufstieg Hitlers, nicht etwa eine zu weitgehende Parteienzersplitterung, die Form des Wahlrechts oder auch die mangelnde Kompromißfähigkeit der etablierten Parteien.

⁶⁷ Hierzu ausführlich Kolb, Führungskrise.

⁶⁸ Vgl. hierzu Raithel, Parlamentarisches System 295.

⁶⁹ Nationalliberalismus in der Weimarer Republik 861 (30. 9. 1929).

IV.

Wie verhängnisvoll sich der DNVP-Kurs nach 1928 auswirkte, offenbart auch der Blick auf die Frage der Vermittlung gesellschaftlicher Interessen. Es wurde eingangs schon darauf hingewiesen, daß die pluralistische Repräsentation gesellschaftlicher Interessen im und durch den Parlamentarismus in der Weimarer Kultur stets Gefahr lief, durch letztlich vormoderne Einheitsideologien blockiert zu werden. Das ist bekannt und braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Doch hat auch dieses Thema eine andere Seite: Bei genauerem Hinsehen nämlich war der Weimarer Parlamentarismus durchaus in der Lage, gesellschaftliche Pluralität, Einzelinteressen und soziale Differenzierung zu repräsentieren und politisch zu vermitteln. Hierfür allerdings war eine konstruktive parlamentarische Existenz der DNVP von entscheidender Bedeutung.

Als mächtigste Interessengruppe in der DNVP agierte die Landwirtschaft. So verfügte der Reichs-Landbund (RLB) bis 1928 in der DNVP über einen starken parlamentarischen Arm. Von 64 Reichstagsabgeordneten, die 1924 ein Mandat des RLB trugen, gehörten 44 der DNVP an⁷⁰. Interessenpolitisch wirksam konnte dies freilich nur sein, solange die DNVP eine wichtige politische Rolle spielte, sei es als Mitglied einer parlamentarischen Regierung, sei es als echte oppositionelle Alternative. Eben dies war die Situation Mitte der zwanziger Jahre. Und trotz massiv fortbestehender antiparlamentarischer und antirepublikanischer Affekte im Reichs-Landbund und unter den ostelbischen Gutsherren gelang die politische Vermittlung des Agrarinteresses bis 1928 leidlich. Tatsächlich ist sogar ein überdurchschnittlicher legislativer Einfluß der Landwirtschaft festgestellt worden, wenngleich die Forschung die faktische Reichweite landwirtschaftlicher Interessenpolitik unterschiedlich beurteilt hat⁷¹.

Freilich waren die Forderungen der Landwirtschaft kaum zufriedenzustellen; zu schwer wogen die strukturellen Probleme sowie die Überschuldung vieler ostelbischer Güter, vor allem in Ostpreußen. Hinzu kam seit Ende 1927 eine schwere und prolongierte Agrarkrise, welche die interessenpolitische Integrationskraft der DNVP zusätzlich schwächte und eine teilweise autonome Politisierung der Landwirte zur Folge hatte⁷². Dies trug bereits zu den schweren Verlusten der DNVP bei der Reichstagswahl vom Mai 1928 bei, die auch den Kernbereich des ostelbischen Agrarinteresses berührten. Tatsächlich teilte die DNVP das Schicksal der anderen Parteien: Sie war vom Wähler für ihre Regierungsbeteili-

⁷⁰ *Merkenich*, Grüne Front 151.

⁷¹ Siehe v.a. ebd. 195–246; sowie mit weiteren Belegen *Wirsching*, Weimarer Republik 73f.

⁷² Die Rückwirkungen, welche die Krise auf die politische Stimmung auf dem Lande und auf die agrarische Interessenpolitik hatte, untersuchen neben *Merkenich*, Grüne Front, v.a. *Dieter Gessner*, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933 (Düsseldorf 1976) 83–112 und *Wolfram Pyta*, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik (Düsseldorf 1996) 203 ff.

gung bestraft worden⁷³. Mit dem Desintegrationsprozeß der DNVP seit 1928 verlor das Agrarinteresse jedoch seine parlamentarische Position. Alfred Hugenberg galt vielen als Mann der Industrie; darüber hinaus war bekannt, daß er das Parlament als politisches Zentrum verabscheute. Das Resultat war unter anderem die Gründung der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, die die DNVP als stärkste Partei im Reichsland-Bund ablöste und schließlich als „Durchlauferhitze“ zur NSDAP fungierte⁷⁴. Hier ist der Zusammenhang zwischen Erosion des Konservativismus, Funktionsverlust des Reichstages und Aufstieg des Nationalsozialismus mit Händen zu greifen.

Ein analoges, womöglich noch signifikanteres Beispiel für den interessenpolitischen Integrationsverlust der DNVP betrifft den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV). Der 1893 gegründete DHV war während der Weimarer Republik eine der großen interessenpolitischen Massenorganisationen. Als gewerkschaftlicher Zusammenschluß männlicher kaufmännischer Angestellter mit völkisch-nationalistischem Profil zählte er zum Schluß mehr als 400 000 Mitglieder. An politischer Bedeutung übertraf er damit bei weitem andere Angestelltenorganisationen wie den sozialdemokratisch orientierten Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AfA-Bund) oder den liberalen Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA). Organisatorisch war er dem Dachverband der christlich-nationalen Gewerkschaften, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), angegliedert⁷⁵.

Sowohl aufgrund seiner politisch-ideologischen Orientierung als auch seines unverwechselbar eigentümlichen Charakters als berufsständische Interessenorganisation stellte der DHV einen Gewerkschaftsverband *sui generis* dar. Seine Existenz erklärt sich aus den Eigenheiten der modernen deutschen Geschichte, die durch eine spezifische Verschränkung liberaler Gesellschaftsentwicklung und völkischer Ideologie, moderner und antimodernistischer Elemente geprägt war⁷⁶. Um in Parteien und Parlamenten das eigene interessenpolitische Gewicht zur Geltung kommen zu lassen, suchte der DHV zu den großen, im Reichstag vertretenen Parteien, mit Ausnahme von KPD und SPD, sogenannte „Querverbindungen“ zu etablieren⁷⁷. Führende DHV-Funktionäre übernahmen selbst Reichstagsmandate,

⁷³ Reichsweit ging die DNVP von 20,5% am 7. Dezember 1924 auf 14,2% am 20. Mai 1928 zurück. In Ostpreußen (von 39,2% auf 31,4%), Pommern (49,1% und 41,5%) und Mecklenburg (26,6% und 16,3%) waren die Verluste noch stärker. Zahlen nach: *Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann*, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München 1986) 70f.

⁷⁴ *Markus Müller*, Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928–1933 (Düsseldorf 2001) v.a. 130ff.

⁷⁵ Siehe *Iris Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933 (Frankfurt a.M. 1967).

⁷⁶ Vgl. zu dieser Verschränkung moderner und antimodernistischer Elemente mit Blick auf den DHV *Michael Prinz*, Zur Rationalität antimodernistischer Diskurse. Ernst Bloch und der neue Mittelstand, in: *Horst Möller, Gérard Raulet, Andreas Wirsching*, Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland (Sigmaringen 1993) 143–158.

⁷⁷ Vgl. zu diesem gut untersuchten Feld die Arbeiten von *Hamel*, Völkischer Verband 201 ff.; *Larry E. Jones*, The Crisis of White-Collar Interest Politics: Deutschnationaler Handlungs-

so etwa Walther Lambach für die DNVP (seit 1920), Otto Thiel für die DVP (seit 1920), Otto Gerig für das Zentrum (seit 1923). 1926 vertraten insgesamt 1593 Mitglieder des DHV die Interessen des Verbandes in den Repräsentativkörperschaften des Reiches. Sieht man von kommunalen bürgerlichen Einheitslisten ab, so waren zu diesem Zeitpunkt DNVP und DVP die für den DHV wichtigsten Parteien mit 302 bzw. 291 Mandaten. In den völkischen Parteien waren immerhin 101 DHVer als Mandatsträger vertreten, erst danach folgte das Zentrum mit 98 Verbandsmitgliedern. Entsprechend seinem ideologischen und konfessionellen Profil hatte der DHV seine parteipolitische Heimat also vor allem bei den konservativen bis völkischen und protestantisch dominierten Rechtsparteien⁷⁸.

Dieses feingespinnene Netz parteipolitischer „Querverbindungen“, auf das der Verband nicht ohne Stolz verweisen konnte⁷⁹, fiel jedoch gegen Ende der zwanziger Jahre dem fundamentalen Desintegrationsprozeß zum Opfer, der das gesamte deutsche Parteiensystem unterminierte⁸⁰. Ein entscheidender Anstoß hierfür kam von der dezidierten „fundamentalistischen“ Wende der DNVP, die für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen kaum mehr Raum ließ. Der „Fall Lambach“, der mit dem Austritt Lambachs aus der DNVP endete, wirkte hierbei katalytisch⁸¹. Mit der Sezession Lambachs und elf weiterer Mitglieder des linken Flügels der DNVP-Fraktion im Dezember 1929 war das Tisch Tuch zwischen dem DHV und der DNVP Hugenberg's dauerhaft zerschnitten. Nicht sehr viel besser entwickelten sich im übrigen die Perspektiven des DHV in der DVP. Unter dem Nachfolger Stresemanns im Parteivorsitz, Ernst Scholz, gewannen nun eben jene unternehmensnahen Kräfte die Vorherrschaft, die die DHV-Mitglieder innerhalb der DVP wie Hans Bechly und Otto Thiel stets mit Mißtrauen beäugt hatten. Zum Bruch kam es infolge des scharfen Rechtsrucks, mit dem sich die DVP im Sommer/Herbst 1931 von der Regierung Brüning distanzierte⁸².

Mit der seit 1928/29 durchgesetzten Wendung gegen ein volksparteiliches Konzept, das die Legitimität gewerkschaftlicher Arbeitnehmervertretung anerkannte, setzten DNVP und DVP den Angestelltenvertretern in ihren Fraktionen „buchstäblich die Stühle vor die Tür“⁸³. Damit aber scheiterte die lang verfolgte Dop-

gehilfen-Verband and Deutsche Volkspartei in the World Economic Crisis, in: *Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod*, Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik (Düsseldorf 1974) 811–823; *ders.*, Between the Fronts: The German National Union of Commercial Employees from 1928 to 1933, in: *Journal of Modern History* 48 (1976) 462–482; *Michael Prinz*, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit (München 1986) 65 ff.

⁷⁸ DHV-Rechenschaftsbericht für 1926, Hamburg 1927, 210.

⁷⁹ *Hamel*, Völkischer Verband 190.

⁸⁰ Vgl. hierzu zusammenfassend: *Wirsching*, Weimarer Republik 18 ff.

⁸¹ Vgl. insgesamt *Amrei Stupperich*, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933) (Göttingen 1982) v.a. 146–188, 140–145 zum „Fall Lambach“.

⁸² *Jones*, Crisis 817 f.

⁸³ *Prinz*, Rationalität 155.

pelstrategie des DHV, nämlich zum einen das völkisch-nationale Profil zu pflegen und kulturpolitisch zu propagieren, zum anderen aber auf dieser Basis gewerkschaftliche Interessenpolitik zu betreiben. Innerhalb kürzester Zeit lief die Politik der „Querverbindungen“ auf Grund, und der DHV fand sich – sieht man vom Zentrum ab – in einer weitgehenden politischen Isolation wieder.

Angesichts dieses fast kompletten Zusammenbruchs seiner parlamentarischen und parteipolitischen Positionen beteiligte sich der DHV zunächst maßgeblich an dem Versuch, die deutschnationale Sezession in eine neue konservative Partei zu überführen⁸⁴. Die schwere Niederlage allerdings, die die neugegründete Konservative Volkspartei zusammen mit den anderen Absplitterungen von der DNVP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erlitt, setzte dieser Option ein rasches Ende. Damit aber trat der große Sieger der Wahlen, die NSDAP, gebietsweise in den Gesichtskreis des DHV, zumal dieser bereits viele Nationalsozialisten oder NS-Sympathisanten in seinen Reihen zählte.

Vor allem der „politische Beauftragte“ des DHV, Max Habermann, nahm 1930/31 den Brückenschlag zur NSDAP unter Wahrung der Verbandsinteressen konzeptionell und praktisch in Angriff⁸⁵. Im Hinblick auf die Beziehungen zu den alten bürgerlichen Parteien, so meinte Habermann intern schon Anfang 1930, sei es für den DHV durchaus von Vorteil gewesen, wenn man nicht in allen Punkten mit ihnen übereingestimmt hätte. Die Beziehungen seien „kühler und nüchterner Überlegung“ gefolgt, die Beziehungen seien gleichsam geschäftlicher Natur geblieben. Der Abstand und die Unabhängigkeit des Verbandes hätten damit leichter gewahrt werden können. Mit der NSDAP aber sei dies anders:

„Zwischen dem DHV und ihr gäbe es im Ansatzpunkt, dem Bekenntnis zu einer nationalen, sozialen und völkischen Politik, keine Unterschiede und Gegensätze. Tausende von Mitgliedern des DHV könnten im guten Glauben annehmen, daß nun endlich *ihre* Partei entstanden und auf dem Weg zur Macht wäre. Tausend andere, etwas vorsichtiger und mißtrauischer, würden nach dem Versagen der bisherigen Parteien wenigstens verlangen, daß man der neuen Partei und ihren neuen Männern ehrlich und rückhaltlos die Gelegenheit gäbe, sich zu bewähren und zu beweisen.“⁸⁶

⁸⁴ Hierzu *Hamel*, Völkischer Verband 229–238; *Erasmus Jonas*, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung (Düsseldorf 1965) v.a. 42 ff. u. 79 ff.; *Bracher*, Auflösung 313 f.

⁸⁵ Der langjährige führende DHV-Funktionär Max Habermann ist vor allem bekannt geworden, weil er nach 1933 zusammen mit Wilhelm Leuschner zum gewerkschaftlichen Widerstand gehörte. Siehe jetzt: *Peter Rütters*, Max Habermann und der „Führerkreis“ der Gewerkschaften, in: *IWK* 37 (2001) 201–221.

⁸⁶ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München: Albert Krebs, Max Habermann – eine biographische Studie (ungedr. Ms.) 44. Die von Krebs vorgenommene Datierung des Gesprächs auf „Anfang 1930“ erscheint allerdings zweifelhaft. Entsprechend der Logik der Ereignisse des Jahres 1930, aber auch der von Habermann gewählten Ausdrucksweise (die NSDAP „auf dem Weg zur Macht“) ist es wahrscheinlicher, daß das Gespräch erst nach dem nationalsozialistischen Wahlerfolg am 14. September 1930 stattgefunden hat.

Der Blick darauf, wie sich bis 1931 die Mandatsträger des DHV in den verschiedenen Parlamenten des Reiches parteipolitisch verteilten, offenbart, wie die DNVP in Angestelltenkreisen ihre Integrationskraft einbüßte und wie rasch die NSDAP ihr Erbe antrat:

Mandatsträger des DHV in Reich, Ländern und Gemeinden nach Parteizugehörigkeit 1926 und 1931:

Partei	1926	1931
Völkische Parteien/NSDAP	101	210
DNVP	302	–
Volkskonservative und Christlich-Soziale	–	122
DVP	291	118
Zentrum	98	112
Kleinere Parteien (inkl. BVP u. DDP/DStP.)	54	75
Bürgerliche Einheitslisten in kommunalen Parlamenten	745	451
Gesamtzahl der Mandate	1591	1088

Quelle: *Iris Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft 190f.

Einmal mehr wird die verheerende Entwicklung seit 1928 deutlich: Bis dahin besaßen Verbände wie der Reichsland-Bund und der DHV, die beide ein erhebliches antirepublikanisches und völkisch-nationalistisches Potential in sich trugen, immerhin eine hinreichend systemkonforme parlamentarische Position. Nach deren Zusammenbruch aber erschien die NSDAP zunehmend als einzige erfolgversprechende Alternative.

Zusammenfassend sei festgehalten: Trotz aller historischer Vorbelastungen und der extrem schwierigen Rahmenbedingungen des Weimarer Parlamentarismus sind doch gleichwohl Potentiale erkennbar, die zu seiner funktionalen Stabilisierung hätten führen können. Ansätze hierfür waren zu Beginn der Republik und vor allem in der Mitte der zwanziger Jahre erkennbar. Die Idee der Großen Koalition stand freilich quer zu diesen Ansätzen. Als parlamentarische Ersatzkonstruktion für die vertraute Fiktion einer obrigkeitsstaatlichen Regierung „über den Parteien“ überforderte sie die im Prinzip durchaus vorhandene Kompromißfähigkeit der Parteien. Darüber hinaus tendierte sie dazu, die regierungsstützende Funktion und die Alternativfunktion des Reichstages zu schwächen, umgekehrt aber die Kontrollfunktion der Fraktionen in unparlamentarischer Weise zu verstärken. So tendierte die Große Koalition dazu, die Möglichkeiten für die Entwicklung einer systemloyalen Opposition einzuengen und auf diese Weise der Radikalisierung

Vorschub zu leisten. Wie die Beispiele des Reichs-Landbundes und des DHV zeigen, verlor aber die DNVP unter Alfred Hugenberg als radikal systemfeindliche Oppositionspartei ihre für das Überleben des Weimarer Parlamentarismus lebenswichtige soziale und interessenpolitische Integrationsfähigkeit. Im Ergebnis brach neben dem liberalen auch der konservative Pfeiler des deutschen Parteiensystem zusammen. Erst dies schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg Hitlers.